



Apothekerverband Köln e.V.



Köln Stadt • Rhein-Erftkreis
Leverkusen • Oberberg. Kreis
Rheinisch-Berg. Kreis

Pressemeldung des Apothekerverbandes Köln e.V.

EUGH-Urteil: Kölner Resolution fordert schnelles politisches Handeln – Thema bleibt zur Landtags- und Bundestagswahl auf der politischen Agenda

Der Apothekerverband Köln e.V. hat in seiner Mitgliederversammlung am 03. April die „Resolution für den Erhalt der schnellen, sicheren und flächendeckenden Versorgung von Patienten mit Arzneimitteln durch wohnortnahe Apotheken“ beschlossen. Der mit über 500 Apotheken größte Bezirksverband des Apothekerverbandes Nordrhein e.V. kritisiert darin die durch das EuGH-Urteil vom 19.10.2016 verstärkt eingetretenen Wettbewerbsverzerrungen. Diese wirken sich insbesondere auf die für die Versorgung in der Fläche notwendigen Apotheken außerhalb der Stadtzentren von Köln und Leverkusen sowie auf dem Land im Rheinisch-Bergischen Kreis, dem Rhein-Erft-Kreis sowie dem Oberbergischen Kreis besonders stark aus.

Mit der Resolution sollen die Bundestagsabgeordneten in der Region dazu aufgerufen werden, auch nach dem vorläufigen Scheitern der vom Bundesgesundheitsministerium vorgelegten Gesetzesinitiative zur Beschränkung des Versandhandels auf nicht rezeptpflichtige Arzneimittel diese Initiative mit Nachdruck weiterzuerfolgen. „Blockaden und Verzögerungen müssen auf Grund drohender Versorgungsprobleme endlich ad acta gelegt werden“, fordert Thomas Preis, Vorsitzender des Apothekerverbandes Köln und Nordrhein e.V. Die Politik dürfe das auf dem Solidarprinzip beruhende System der wohnortnahen Arzneimittelversorgung nicht zugunsten profitorientierter ausländischer Kapitalgesellschaften aufs Spiel setzen. Von politischer Seite solle auch nicht ignoriert werden, dass nicht nur der Bundesrat am 25.11.2016 ein Verbot des Versandhandels mit rezeptpflichtigen Arzneimitteln gefordert habe, so Preis weiter. Aktuell hätten sich bundesweit rund 4.000 Menschen pro Wahlkreis an der Unterschriftenaktion für den Erhalt der Apotheken vor Ort und gegen den Wegfall der Arzneimittelpreisbindung beteiligt.

"Wir werden alles daran setzen, dieses Thema sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene auf der politischen Agenda zu halten – insbesondere auch im Zusammenhang mit der NRW-Landtagswahl am 14. Mai und der Bundestagswahl am 24. September 2017", so Preis.

Köln, 10.04.2017